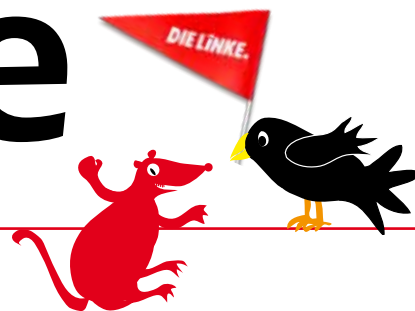


Kehrseite

Editorial ✓



Liebe Leserinnen und Leser,

● In unserer ersten *Kehrseite* vor einem Jahr haben wir bezweifelt, dass „die Medien ihren politischen Auftrag als unabhängige Berichterstatter noch wahrnehmen“. Wir haben kritisiert, dass die „vielbeschworene Vielfalt weitgehend eingeebnet“ worden ist, dass selbst Qualitätsmedien wie die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) und „Der Tagesspiegel“ sich im politischen Tenor „zum Verwechseln ähnlich sind“. Wir konstatierten: „Immer seltener findet in diesen Blättern wirkliche Aufklärung oder hartnäckige Verfolgung von politischen Ungereimtheiten statt.“

Auf dem Kongress der Zeitschriftenhersteller, „Publishers' Summit“ im Oktober vergangenen Jahres waren dazu durchaus selbstkritische Töne zu hören. Die dort versammelten Chefredakteure warnten vor einer „zu einformigen Berichterstattung“. Bei bestimmten Themen gäbe es einen zu hohen „Konformitätsdruck“ in der Branche, monierte Giovanni di Lorenzo von der „Zeit“. Und Dominik Wichmann vom „Stern“ stellte fest, dass es „Mut erfordere, einer geballten Medienmeinung“ zu widersprechen. Hat sich an diesem so beklagten Zustand irgendetwas verändert? Mitnichten! Oder doch, es ist eher noch schlimmer geworden. 1978 hat die 20. Unesco-Generalkonferenz ein Dokument verabschiedet, das die Prinzipien speziell für den Einsatz der Massenmedien in den internationalen Beziehungen festlegt. Danach sollen die Medien der Festigung des Friedens, der internationalen Verständigung und dem Kampf

gegen Rassismus, Apartheid und Kriegshetze verpflichtet sein.

Diese Verpflichtung wurde von unseren Leitmedien nie wirklich ernst genommen. Warum nicht? Gegenwärtig „erinnert“ sich alle Welt an den 1. Weltkrieg. Grauen, Entsetzen, kollektive und individuelle Schuld werden beschrieben – aber das Säbelrasseln für heutige Kriege wird nicht einmal eine Sekunde lang erschrocken eingestellt. Stattdessen wird immer entschiedener für die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Kriegseinsätzen geworben. Aber zu störrisch noch ist die Bevölkerung, was solche Kriegsvorbereitungen betrifft. Deshalb werden zur Einstimmung auf eine deutsche Weltmachtrolle Begriffe wie „humanitäre Intervention“ und „Schutzverantwortung“ kreiert. Besonders widerwärtig waren in diesem Zusammenhang die pastoralen Worte unseres Bundespräsidenten während der Münchner Sicherheitskonferenz. Der „Drückeberger“, der „feige Pazifist“ der deutschen Geschichte wird wieder lebendig. Ein anderer Pastor, Friedrich Naumann, Idol der heutigen FDP und Namensgeber ihrer Partei-Stiftung, trommelte in diesem Sinne schon vor 1914 für Deutschlands Weltgeltung, insbesondere für das Aufrüsten der deutschen Kriegsflotte.

Wie erklärt sich nun dieser in den deutschen Medien immer häufiger betriebene propagandistische Kriegsdienst? Warum wird das Grundgesetz umgedeutet und behauptet, Deutschland werde am Hindukusch, in Mali oder in der Zentralafrikanischen



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- Freihandel – 2
- Offener Brief an Natur- und Umweltschutzverbände – 6
- Die (vierte) Gewalt oder der Kampagnen-Journalismus – 6
- Bezahlbarer Wohnraum in Steglitz-Zehlendorf? – 8
- Atomkraft – nein danke! – 8
- „Vorbei – heute ist alles Mainstream (Interview) – 9
- Marktwirtschaft missverstanden – 10
- Vier Vorschläge (Offener Brief von Jürgen Todenhöfer) – 11
- Termine, Zitate – 12



Editorial ✓

Republik verteidigt? Eine Antwort kann man u.a. in der Doktorarbeit von U. Krüger: „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“ finden. Sein Befund: Die Tatsache, dass gerade die einflussreichsten Printmedien, wenn es um Kriegseinsätze der Bundeswehr geht, eine *Schlagseite* haben, hat mit einer besonderen Nähe ihrer maßgeblichen Redakteure zu Denkfabriken zu tun, die den USA, der Nato und der Bundesregierung nahestehen. Krüger nennt: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik bei der FAZ, Josef Joffe, Mitherausgeber der „Zeit“ und Montagskommentator im „Tagesspiegel“, Stefan Kornelius, Ressortleiter Außenpolitik bei der SZ und Michael Stürmer, Chefkorrespondent von Springers „Die Welt“. Diese vier „Leitwölfe“ arbeiten nicht etwa zu Recherchezwecken, sondern als aktive Teilnehmer oder gar als Mitglieder in Think Tanks an der Festigung transatlantischer Beziehungen zwischen den USA und Deutschland bzw. Europa und sehen das Militärbündnis Nato als unverzichtbares Element dieser Beziehungen an. Alle vier Journalisten waren in den vergangenen Jahren ständige Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz, die aus der Nato heraus entstanden ist. Wen wundert es, wenn in ihren journalistischen Beiträgen genau die Szenarien angeblicher Bedrohungen wieder auftauchen, die in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und den USA zu finden sind. Man kann getrost von gestriger Kriegspropaganda und Panikmache sprechen, die für den allgemeinen heutigen

Sprachgebrauch journalistisch synchronisiert wird – Vernebelung, Fälschungen, Unterschlagungen inbegriffen. Wenn sich aber die Leitmedien vor allem als Lautsprecher offizieller Regierungspolitik verstehen, kann man das kaum als verantwortlichen Journalismus im Sinne der Unesco-Prinzipien nennen. „Ein solcher Journalismus“, sagte Krüger in einem Interview, „macht den Bürger nicht handlungsfähig, sondern hält ihn in Unmündigkeit“.

Offenbar ist das gewollt. Die wenigen Journalisten, wie die der Zeitung „Junge Welt“, die sich der „geballten Medienmeinung“ entgegen stellen, werden gern als „Ewiggestrige“ denunziert. Ewig gestrig aber ist eine Politik, die die Probleme dieser Welt vorzugsweise mit Gewalt, mit Druck und Erpressung, Waffenhandel und direkten Militärinterventionen lösen will. Ewig gestrig sind auch die Journalisten, die für eine für überwunden geglaubte „Kultur der Kriegsfähigkeit“ (Joffe) den Dünger produzieren.

Mit unserer *Kehrseite* können wir nur ein wenig an der geballten Medienmacht kratzen. Dennoch gilt auch für uns der Satz: Wer nie versucht hat, sich einzumischen, soll nicht behaupten, es ginge nicht. Vor 200 Jahren – noch ein Gedenkdatum – ist Johann Gottlieb Fichte, ein bedeutender deutscher Philosoph, gestorben. Ein Satz aus seiner Feder sollte im Büro eines jeden Redakteurs hängen: „Einer, der die Wahrheit aufhält und den Irrtum verbreitet, begeht die allerschändlichste Sünde am Menschengeschlecht.“

Die Redaktion ●



Freihandel

Der lange Atem des internationalen Kapitals oder die Welt der Kürzel-Monster

● **1. Prolog:**

MAI, TRIPS, DOHA, NAFTA, TTP, TAFTA, WTO, MAI, GAT, GATT, MERCOSUR, ISDS, ICSID, REACH, SOPA, CETA, Bali-Paket, ACTA, TTIP-TAFTA, CETA : Kryptische Codes, die kein normaler Bürger mehr einordnen kann und die doch allesamt eine einfache Wahrheit enthalten: Mehre die Macht des Kapitals durch Freihandel und dränge den Staat in die Rolle des Erfüllungsgehilfen.

2. Prolog:

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) sollte ein internationales Vertragswerk zwischen transnationalen Konzernen, den OECD-

Staaten und der Europäischen Union werden. Auslandsinvestitionen sollten gefördert und die Rechte internationaler Investoren durch einen risikofreien Investitionsschutz gestärkt werden. Schon die WTO (Welthandelsorganisation) hatte mit dem rigiden Abbau von nationaler Wirtschaftsprotektion nichts anderes im Sinn. Das neue Vertragswerk sollte aber über das bisher Festgelegte deutlich hinausgehen. Die Verhandlungen begannen 1995 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nach Durchsickern der Vertragsinhalte formierte sich 1997 der zivilgesellschaftliche Widerstand derart heftig, dass im September 1998 450 Vertreter multinationaler Konzerne im „Geneva Business Dialogue“ erklärten: „Die Entstehung von

Aktivistengruppen droht die öffentliche Ordnung, die rechtmäßigen Institutionen und den demokratischen Prozess zu untergraben. (...) Es müssten Regeln aufgestellt werden, um die Legitimität dieser aktivistischen regierungsunabhängigen Organisationen zu klären, die vorgeben, die Interessen großer Teile der Zivilgesellschaft zu vertreten.“

Im Dezember 1998 scheiterte das MAI schließlich an Frankreichs Widerstand. Der Trend war damit aber keineswegs gebrochen. Viele MAI-Grundsätze sind seitdem in andere bilaterale oder multilaterale Wirtschafts- und Handelsabkommen aufgenommen worden.

Auch das Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) wurde nach bewährtem Muster zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten, musste dann aber ebenfalls wegen der umfangreichen internationalen Proteste im Juli 2012 abgeblasen werden, nachdem es mit großer Mehrheit vom Europäischen Parlament abgelehnt worden war. Aber der Zug bleibt weiter auf Kurs: Jetzt ist ACTA unter dem Namen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) offensichtlich wieder auferstanden.

CETA ist ein europäisch-kanadisches Handelsabkommen und gilt für alle Unternehmen, die in Kanada oder der EU ein „substantielles Geschäft“ betreiben. Damit sind auch US-Firmen, die eine Niederlassung in Kanada haben, mit im Boot. Der genaue Wortlaut von CETA ist – welche Überraschung! – noch geheim. Am 18. Oktober 2013 verkündeten EU-Präsident J. M. Barroso und der Premier Kanadas, Stephen Harper, die „politische Einigung“ über CETA. Geheim sei der Entwurf, weil die Unterhändler „noch an der Transformation der Vereinbarung in ein Abkommen arbeiten.“ (Kein Witz!) Es sickerte dennoch durch, dass CETA in der Version vom Februar 2012 dem abgelehnten Handelsabkommen ACTA teilweise bis aufs Wort gleicht. Das betrifft insbesondere die sogenannten Schiedsgerichte, die im Streitfall zwischen Staaten und Konzernen schlichten sollen. Wird Ceta ratifiziert, brauchen die USA das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) im Grunde nicht mehr, denn jeder „substantielle Geschäftsbetrieb“, wie etwa Monsanto, kann über den Umweg Kanada in jedes EU-Land expandieren und sich aufgrund der Schiedsgerichte an EU-Staaten schadlos halten. Die scheinbare radikale Forderung, die TTIP-Verhandlungen wegen der NSA-Affäre auszusetzen, ist deshalb im Grunde eine Luftnummer.

3. Das Freihandelsabkommen EU-USA – TTIP-TAFTA

Aber die internationale Konzernwelt gibt sich nur ungern mit Halbheiten zufrieden. Deshalb wird nun der nächste Anlauf unternommen, „Freihandel“ und „Investitionsschutz“ international abzusichern. Das neue Projekt heißt jetzt Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und soll in zwei Jahren Grundlage der Transatlantischen Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area, TAFTA) sein.

Gemeinhin wird Freihandel mit dem Abbau von Zollschränken in Verbindung gebracht. Im Verhältnis EU – USA spielen Zölle jedoch nur noch bei Agrarprodukten eine Rolle. Wesentlicher dürfte neben der Ausgrenzung anderer Wirtschaftsmächte (China oder Japan etwa) die Herstellung einheitlicher Richtlinien und Qualitäts-Standards für EU und USA sein.

In Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe, 8.11.2013) beschreibt Lori Wallach die Verhandlungen zu TTIP als „eine Art Staatsstreich in Zeitlupe. (...) Das gesamte TTIP-Tafta-Projekt gleicht dem Monster aus einem Horrorfilm, das durch nichts totzukriegen ist. Denn die Vorteile, die eine solche „Wirtschafts-Nato“ den Unternehmen bieten würde, wären bindend, dauerhaft und praktisch irreversibel, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann.“

Es geht also vor allem um den Abbau von „nicht-tarifären Handelsbeschränkungen“: Öffentliche Aufgaben, Gesundheitsstandards, Arzneimittel, Lebensmittelgesetze, Buchpreisbindung, Filmförderung, Umweltstandards, Mindestlöhne, Gentechnik, Kennzeichnungspflichten, Urheberrechte, Datenschutzbestimmungen, Tierschutz, Finanzsektor, Versicherungen, Wasser- und Energieversorgung, Verkehr, Arbeitnehmerrechte und so weiter...

De facto ist eine „Harmonisierung“ von Standards in allen Lebensbereichen das oberste Ziel. Und wie kann es im Kapitalismus anders sein: Es wird sich jeweils der niedrigste oder wirtschaftsfreundlichste Standard durchsetzen. Der von Wallach als „Monster“ beschriebene Knebelcharakter von TTIP kommt aber richtig erst dann zum Vorschein, wenn nach Vertragsabschluss Konzerne geschäftsschädigende Staatseingriffe beanstanden. Dann nämlich können die Unternehmen enorme Entschädigungssummen über die Schiedsgerichte einklagen. Die ausgehandelte Entschädigungssumme – das versteht sich – ist vom Steuerzahler zu entrichten.

Was bei MAI noch nicht geklappt hat, ist jetzt in Reichweite gerückt, weil das in seinem Gefolge durchgesetzte sogenannte ISDS (Investor-state-dispute-settlement) bereits heute in mehreren Fällen greift. ISDS wurde angeblich für Länder mit unterentwickeltem Justizsystem ausgedacht. Investoren sollten durch ein internationales Ergänzungs-Recht vor staatlicher Willkür (Enteignungen) geschützt werden. Aber in der EU und den USA genießt das Eigentum einen perfekten juristischen Schutz. Wenn jetzt ISDS bei den TTIP-Verhandlungen wieder eine zentrale Rolle spielt, dann geht es nicht um die Herstellung von Rechtssicherheit, sondern um die Umgehung von Recht. Deutlich wird dies am Verhalten von Vattenfall, das die Bundesrepublik auf Schadenersatz wegen der Stilllegung seiner Atomkraftwerke verklagt. Genaueres weiß man jedoch nicht – es soll um 3,7 Mrd. Euro gehen -, weil Vattenfall nicht vor einem ordentlichen Gericht der Bundesrepublik, sondern lieber vor einem internationalen Schiedsgericht klagt, „dem International Centre for Settlement of Investment Disputes. Und das sitzt in Washington

und verhandelt im Geheimen. Erst das Urteil wird veröffentlicht. Irgendwann. Berufung kann niemand einlegen.“

Was wie ein Pilotprojekt erscheint, könnte zur Normalität werden, nämlich „dass ausländische Konzerne sich Schadenersatz in Milliardenhöhe erstreiten. Vor Gerichten, die kaum jemand kennt und die während ihrer Prozesse niemand beobachten kann. Ermöglichen könnte so etwas das transatlantische Handels- und Partnerschaftsabkommen“, schreibt konsterniert „Die Zeit“ am 16.12.2013.

Wer vertritt die Kläger in all diesen Fällen – heute schon und zukünftig im Rahmen von TTIP, wenn es denn durchkommt? Es ist kaum zu glauben: „Schlichtungskammern, die sich mit ihren Entscheidungen über Regierungsmaßnahmen und staatliche Gesetze hinwegsetzen können. In der Regel bestehen sie aus drei Juristen, die für den privaten Bereich tätig sind. Viele von ihnen sind in ihrem normalen Berufsleben Anwälte von Unternehmen, die gegen Regierungen klagen. Der exklusive Klub der „Richter“ solcher internationalen Schlichtungskammern wird von 15 Rechtsanwaltsbüros dominiert, die mit 55 Prozent aller bisherigen Investitionsklagen gegen Staaten befasst waren.“ (Wallach, a.a.O.)

Die Konzerne werden, selbst wenn TTIP verhindert wird, Schadenersatzklagen gegen demokratisch sanktionierte Regulierungen anstreben. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele für diese internationalen Schiedsverfahren, die durch TTIP dann „gesellschaftsfähig“ gemacht werden sollen. Erleichtert wird diese Praxis durch den Vertrag von Lissabon, der die Zuständigkeit für Investitionsschutz nach Brüssel verlagert hat. Und dort drängeln sich Konzernlobbyisten. Sollte TTIP kommen, wird es ihnen jedoch diese Politik in einer Weise erleichtern, die wir uns im Moment noch nicht vorstellen können.

Die Losung kann deshalb nur heißen: Die Verhandlungen zu TTIP müssen sofort abgebrochen werden, das europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA darf nicht ratifiziert werden.

Auf die Merkel-Gabriel-Regierung braucht man in diesem Zusammenhang nicht zu bauen.

Merkel entpuppt sich nicht zum ersten Mal als Vertreterin des Großkapitals und des „Freihandels“ um jeden Preis. Am 11.02.2014 hat die Bundesregierung in Brüssel durch Stimmenthaltung gerade erst den Anbau von genbehandeltem Mais in Europa ermöglicht, obwohl inzwischen nachgewiesen ist, dass diese Sorte weder höhere Ernteerträge noch die Reduzierung des Pestizideinsatzes ermöglicht. Die Landwirte in Brasilien, wo der Mais 1507 bereits angebaut wird, sind inzwischen vom Saatgutkonzern Pioneer Dupont vollkommen abhängig und wegen der Missernten, die nach der zweiten Pflanzung eintreten, hoch verschuldet. Im Koalitionsvertrag steht: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.“ Aber das heißt ja nicht, dass man sich daran halten muss. Bundespräsident Gauck jedenfalls behauptet, „Freihandel reimt sich auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.“ Wir fügen hinzu: „Und Gentechnik auf Gott-sei-bei-uns.“ Außerdem ist ja nicht gesagt, um wessen Wohlstand es geht.

Die von Gauck, Merkel und Obama in höchsten Tönen in Aussicht gestellten ökonomischen Vorteile des TTIP-TAFTA-Projekts kann man getrost vernachlässigen. Die Analysten erwarten zum Teil Wachstumspotentiale im Promillebereich. Überlassen wir deshalb dem stets um Freiheit und Demokratie besorgten Wirtschaftsexperten der Süddeutschen Zeitung, Nikolaus Piper, zum Thema TTIP wenigstens einmal das letzte Wort. Er sagt: „Die Wirtschafts-Nato: 1,5% Wachstum und ein Gegengewicht zu Asien sind schlagkräftige Argumente.“ (SZ, 24.01.2013, S.19) Es ist schaurig-schön zu beobachten, wie die Diktatur des Kapitals vom Geist der Lohnschreiber Besitz ergreift.

4. Epilog:

Am Begriff Wirtschafts-Nato sollte man unbedingt festhalten!

Marianne Rubach ●



Preisträger 2012 – Kategorie
„Umweltengagement“

**BERLINER
UMWELTPREIS
DES BUND**



06.02.14

Offener Brief an Naturschutz-und Umweltverbände

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir wenden uns an Sie, um zu informieren, dass in Lichterfelde-Süd schützenswerte Natur- und Landschaft entgegen allem vorliegenden naturschutzfachlichen Sachverstand und auch entgegen geltendem Recht (u. a. Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU) in Bauland umgewandelt werden soll.

Wir weisen ausdrücklich auf die Gefährdung zahlreicher Arten gemäß der FFH-Richtlinie europaweit besonders geschützter Arten hin. Besonders hervorzuheben ist der hohe Anteil an Rote-Liste-Arten und bundesweit besonders geschützter Arten bei mehreren Organismengruppen sowie das konzentrierte Vorkommen von Zielarten des Florenschutzes und des Biotopverbundes.

Um die Flächen auf Dauer für die Natur sichern, wäre ein Landschaftsplanverfahren mit einer Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet notwendig. Der zuständige Senator Müller lehnt dies ab, weil u.a. für die notwendige Prüfung das Personal fehle.

Der Eigentümer des Geländes Herr Groth hat mit dem Bezirksamt vereinbart, in Lichterfelde Süd einen neuen Stadtteil mit bis zu 2.700 Wohnungen zu errichten, davon die Hälfte als Wohneigentum. Vertreter des Bezirks Steglitz-Zehlendorf rechtfertigen die Unterstützung des Investors damit, dass eine „grüne Mitte“ entstehen soll und damit dem Naturschutz genüge getan sei. Dies ist jedoch keineswegs so, der Begriff „grüne Mitte“ soll darüber hinweg täuschen, dass die geplanten Baumaßnahmen erhebliche Auswirkungen auf das Klima und den Wasserhaushalt haben werden. Darüber hinaus werden die Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere in der sogenannten grünen Mitte durch die geplanten Baumaßnahmen in hohem Maße beeinträchtigt.

Wir treten seit 4 Jahren dafür ein, das das Gelände, entsprechend §§ 41, 42 Berliner Naturschutzgesetz in Verbindung mit §§ 59, 60 Bundesnaturschutzgesetz, kontrolliert zugänglich gemacht wird. In Berlin gibt es zahlreiche Vorbilder wie dies gemacht werden kann, z.B. das ehemalige Reichsbahngelände am Priesterweg.

Umgeben von einer dichten Bebauung mit 6.000 bis 8.000 zusätzlichen Anwohnern und allen menschlichen Zivilisationsfolgen wie Hunden und Hauskatzen und ohne jeden rechtlichen Schutzstatus wird den in einer "grünen Mitte" eingeschlossenen Biotopen kaum ein nachhaltiges Überleben beschieden sein, sodass - nach einer Schamfrist - auch dort gebaut werden kann. Deshalb bitten wir Sie, sich mit uns für den Schutz der Natur in Lichterfelde Süd einzusetzen.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/>, hier finden Sie auch Stellungnahme des LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (Download einer PDF-Datei)

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Niebergall
Eberhard Speckmann



Auf einer Bürgerversammlung am 20. Februar haben sich zahlreiche Diskussionssteilnehmer kritisch mit dem Vorgehen des Eigentümers beschäftigt und sich mit großer Mehrheit für die Ziele des Aktionsbündnisses ausgesprochen. Es wurde klar, dass Groth, clever wie er nun mal ist, alle maßgebenden Verbände, Parteien und Personen eingeladen hat, um sich als großzügiger „Umwelt- und Naturfreund“ präsentieren zu wollen. Nur wenige Personen haben seine altbewährte Taktik durchschaut. Groth ist es gelungen, seine eigenen wirtschaftlichen Interessen als „Kompromiss“ darzustellen. Als Kompromiss soll die sogenannte „Grüne Mitte“ erhalten. Der Begriff „Grüne Mitte“ soll darüber hinweg täuschen, dass die geplanten Baumaßnahmen erhebliche Auswir-

kungen auf das Kleinklima haben werden. Die Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere würden in der sogenannten grünen Mitte durch die geplanten Baumaßnahmen in hohem Maße beeinträchtigt bzw. zerstört. Ein Kompromiss wäre der Vorschlag von den Landschaftsgutachtern Fugmann Janotta gewesen, die fachlich begründet vorgeschlagen haben, dass lediglich 16,7 ha bebaut werden sollen und 11,5 ha als bedingt bebaubar gelten können.

Die Grünen und die CDU im Bezirk haben sich dem Eigentümer vollständig ausgeliefert. Ihre Verantwortung für die Gestaltung in städtebaulicher Hinsicht haben sie dem Baulöwen Groth übertragen. Die „Macht“ hat der, der über das Geld verfügt – und der kann sich dann gelegentlich auch scheinbar großzügig zeigen.

— Rotlicht ✳ —

Die (vierte) Gewalt oder der Kampagnen-Journalismus

Um es gleich vorweg zu sagen: Niemand hierzulande sollte sich der Illusion hingeben, die Lage in der Ukraine wirklich beurteilen zu können. Dazu müsste man auf saubere Informationen und eine unvoreingenommene Berichterstattung zurückgreifen können. Die sucht man aber in unserer pluralistischen Medienlandschaft derzeit vergeblich. Was uns stattdessen seit Wochen geboten wird, ist eine bemerkenswert dreist inszenierte Medien-Kampagne. Und das betrifft nicht nur die Rinnsteinpresse, sondern auch die sog. seriösen Medien. Den Vogel abgeschossen hat die Bilderwerkstatt des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Dass in unseren Nachrichtensendungen zuweilen tendenziös berichtet wird, ist nicht wirklich neu. Überraschend ist eigentlich nur mit welcher Intensität und ungezügelter Doppelmoral die Ereignisse auf dem Maidan in den Medien aufbereitet wurden. Abend für Abend wurde uns in den letzten Wochen vorgeführt, wie vermummte Schlägertrupps mit Molotowcocktails, Pflastersteinen und Schlaginstrumenten die Konfrontation mit eher passiven Sicherheitskräften suchten. Es wurden Regierungsgebäude besetzt, Straßensperren errichtet, Parlament und Regierung mit ultimativen Forderungen konfrontiert. Nach bundesdeutschem Rechtsverständnis alles schwerwiegende Straftatbestände: Verstoß gegen das Vermummungsverbot, Aufruf zur Gewalt, Körperverletzung, Landfriedensbruch usw.. Der Begleittext in unseren Medien aber lautete: eine

demokratische Bürgerrechtsbewegung kämpft gegen ein korruptes, diktatorisches politisches System oder wie es ausgerechnet die Grüne Göring-Eckardt im Bundestag formulierte: *„Der Kiewer Euromaidan ist keine extremistische, sondern eine freiheitliche Massenbewegung zivilen Ungehorsams.“* Hoffentlich muss sie diese Aussage nicht eines Tages bereuen.

In Hamburg hat ein umstrittener Angriff linker Demonstranten auf eine Polizeiwache vor kurzem



Tjagnibok, Jazenjuk, Klitschko
Quelle: <http://hinter-der-fichte.blogspot.de>,
(6. März 2014)

dazu geführt, dass ein ganzer Stadtteil mit 80.000 Einwohnern zum Gefahrengebiet erklärt wurde. Das ist, wie man jetzt weiß, eine Zone, in der die Polizei – aus Gründen der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung – Bürger ohne Begründung filzen, ihre Identität feststellen und ihnen das Aufenthaltsrecht in dem Gebiet entziehen kann. Sie darf Versammlungen verbieten, Demonstrationen untersagen und natürlich auch Festnahmen vornehmen. Im Grunde die Vorform eines Notstandsregimes mit vorübergehender Aufhebung wesentlicher Grundrechte.

In Kiew kann eine Menge, deren gewaltbereiter Kern unzweifelhaft durch Faschisten gestellt wird, wochenlang öffentliche Räume und Regierungsgebäude blockieren, Parlament und Regierung mit ultimativen Forderungen bedrängen und unsere Kanzlerin erklärt ungefragt, sie „sei empört darüber, wie der Präsident die Grundfreiheiten missachte“ und es sei „die Aufgabe jedweder Regierung, solche Möglichkeiten der freiheitlichen Meinungsäußerung auch sicherzustellen“ (SZ). Gewalttätige Umsturzversuche gehören also zu den Grundfreiheiten der Bürger. Gut zu wissen, Frau Merkel. Leider war das seinerzeit am Stuttgarter Hauptbahnhof noch nicht bekannt.

Dass die bewegten Bilder der verkündeten Botschaft so gar nicht entsprechen wollten, hat die journalistischen Macher offenkundig nicht sonderlich irritiert. Im Gegenteil. Ein politisches System, das ausländischen Fernsehanstalten gestattet, täglich ungehindert aus der Mitte des Geschehens Bilder und Kommentare abzusondern, das ausländischen Politikern rege Reisetätigkeit ins Zentrum der Konflikte erlaubt, wird ungerührt als undemokratisch und diktatorisch bezeichnet. Dass die Forderung der Maidan-Besetzer nach Aufhebung der verschärften Demonstrationsgesetze vor allem die Rücknahme des in Deutschland selbstverständlichen Vermummungsverbots bedeutete, muss man ja nicht extra hervorheben. Dafür kann man den Ex-Boxer Klitschko, ein Ziehkind der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und anderer westlicher Sponsoren, als Held und Kopf der Protestbewegung vorführen. Dass Klitschko nur über eine überschaubare Anhängerschaft verfügt, dass er hauptsächlich Russisch und eben nicht Ukrainisch spricht und „deshalb gerade für nationalistische Wählergruppen in der Ukraine nicht attraktiv ist“, weiß die Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit, muss aber ja nicht gleich jeder wissen.

Was der Vatikan für die katholische Religion, das ist die Bundesrepublik Deutschland für das Rechtsverständnis. Der Rechtsstaat ist uns heilig, wir haben die Deutungshoheit darüber, was Recht- und was Unrechtsstaat ist. Dass der verfassungswidrige Sturz eines gewählten Präsidenten nach diesem Ver-



Steinmeier (Mitte). Ihm zur Rechten: Tjagnibok und Jazenjuk. Ganz links: Klitschko. Quelle: <http://hinter-der-fichte.blogspot.de>, (6. März 2014)

ständnis kaum die Verwirklichung demokratischer Rechte sein kann, darf im Zweifel aber gern mal verschwiegen werden. Schließlich erhielt Janukowitsch, wie man lesen und hören konnte, mit „49% der Stimmen nicht mal die absolute Mehrheit“. Da kann sich unsere Kanzlerin, wie man weiß, auf ganz anderen Mehrheiten stützen.

Wie die Entwicklung in der Ukraine jetzt weiter geht, ist noch schwerer vorauszusagen. Die Beauftragte der EU Ashton hat, was die Zunahme der Gewalt während der Proteste in Kiew angeht, der Ukraine Hilfe bei der Aufklärung angeboten. Wenn das nicht britischer Humor sein soll, muss man wohl fragen, wer sonst könnte in dieser Angelegenheit kompetent sein? Helfen könnte dabei auch die Oppositionspolitikerin Timoschenko, die nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis die Versammelten auf dem Maidan mit dem traditionellen Schlachtruf der Faschisten, „Ruhm der Ukraine“, begrüßte. Und dem Ritual der ukrainischen „Waffen-SS Galicien“ entsprechend hallte ihr entgegen: „Den Helden Ruhm“! Aber auch darauf musste in unseren Medien ja nicht extra eingegangen werden.

Nach monatelangen Straßenblockaden steht die ohnehin nicht gesunde Wirtschaft der Ukraine vor dem Kollaps. Die ursprünglich zugesagten russischen Finanz-Hilfen werden wohl ausbleiben. Die EU hat ihrerseits Hilfen angeboten, aber die sind, nachdem die Schlacht geschlagen ist, nun an Bedingungen geknüpft: „Notwendige Reformen“ müssten durchgeführt werden. Wenn hierzu die griechische Blaupause verwendet wird, können sich die Ukrainer auf einiges gefasst machen. Vielleicht hilft ihnen das ja, die weitere Entwicklung noch einmal zu überdenken.

Horst Dejas ●

Bezahlbarer Wohnraum in Steglitz-Zehlendorf?

● Wenn es nach dem Berliner Senat geht, sollen landeseigene Grundstücke eigentlich nicht mehr wie bisher an die oder den Meistbietende/n verkauft werden, sondern vermehrt sozialen Zwecken dienen. Diese neue Liegenschaftspolitik des Landes Berlin scheint in Steglitz-Zehlendorf jedoch noch nicht angekommen zu sein.

Im Dezember 2013 legte Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) gegen den lukrativen Verkauf der ehemaligen Bezirksgärtnerei an der Fischerhüttenstraße an die Münchner ABG-Gruppe Veto ein, um die Errichtung bezahlbaren Wohnraums statt geplanter Luxus-Stadt villen zu prüfen. Dieses Vorgehen ist bisher einmalig.

Dies rief beim Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) große Verärgerung hervor: „In dieser Sache hat Herr Nußbaum nichts zu sagen. Seit wann macht der denn überhaupt Stadtentwicklung?“ (BZ vom 21.12.2013). Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Torsten Hippe meint, für Bebauungspläne sei der Bezirk zuständig: „Der Senator soll sich um seinen Kram kümmern.“ (Berliner Morgenpost, 21.12.2013). Auch die SPD-Fraktion war zunächst über das Vorgehen des Senators „erstaunt“ und zeigte sich mit den Plänen des Investors zufrieden, nach denen auf dem fast vier Hektar großen Grundstück nur um die 100 Eigentumswohnungen entstehen sollen (siehe: <http://www.abg-gruppe.de>).

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum für z. B. Normalverdiener_innen, Familien mit Kindern

oder Senior_innen sowie nach wieder mehr genossenschaftlichem und kommunalen Wohnungsbau scheint für die politisch Verantwortlichen aus der CDU völlig abwegig zu sein. Das größte Kopfzerbrechen bereitet ihnen offenbar, dass dort „Geschosswohnungsbau“ entstehen könnte, der sich nicht in die Umgebung einfüge. Torsten Hippe machte jüngst auf erschreckende Weise deutlich, wem seiner Meinung nach der Bezirk gehört: „Wir wollen hier niemanden, der auf Kosten anderer lebt. Wir wollen Familien mit Kindern, die der Gemeinde positiv gegenüberstehen, die bürgerlich, also auch gemeinwohlorientiert denken und sich einbringen in unsere Gesellschaft.“ (Zehlendorf-Blog des Tagesspiegels vom 26.2.2014).

Die zahlreichen Vertreter_innen von Vereinen, Verbänden, Politik und Einwohner_innen des Bezirks, die Mitte Februar 2014 – teilweise aus erschütternden Notsituationen heraus – das Wohnraumbündnis Steglitz-Zehlendorf mit dem Ziel gründeten, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, werden damit jedenfalls nicht gemeint sein.

Die LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert ein sofortiges Ende dieser einseitigen Klientelpolitik für Reiche im Bezirk! Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum ist in der Berliner Landesverfassung verankert und die gilt auch für Steglitz-Zehlendorf! Es ist darüber hinaus wichtig, selbst aktiv zu werden! Das Wohnraumbündnis und seine Arbeitsgruppen sind dafür eine gute Möglichkeit!
Kontakt: info@zephir-ev.de

Franziska Brychcy ●

Atomkraft – nein danke!

● 2014 stehen Wahlen zum Europäischen Parlament an. Der letzte Wahlkampf um die neue Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, der – wie vorauszusehen war – zur Großen Koalition in Deutschland führte, streifte die wichtigsten europäischen Themenbereiche nur. Vor allem Merkels nach Fukushima eingeläutete „Energiewende“ war kein Thema. Für die Journaille waren die ständig steigenden Stromkosten allenfalls ein Instrument, von der Unmöglichkeit einer Energiewende zu schwadronieren bzw. den Ausbau von Kohlekraftwerken für absolut notwendig zu erklären.

Mit Hilfe eines Artikels in Wikipedia („Liste von Unfällen in kerntechnischen Anlagen“) kann man leicht ermitteln, dass im Schnitt weltweit alle zehn Jahre ein GAU (größter anzunehmender Unfall) in einem AKW passiert. In Europa sind ca. 140 Reaktoren in Betrieb. Neue werden gebaut bzw. geplant (Frankreich,

Finnland, Slowakei und Großbritannien). Der „Ausstieg“ Deutschlands (hier gibt es noch neun AKWs am Netz) hat also wenig an der bedrohlichen Kulisse geändert. Europa trägt nämlich gut ein Drittel des weltweiten GAU-Risikos weiterhin. Aufgrund der in Europa vorherrschenden Winde und der geographischen Gegebenheiten hätte ein GAU – ähnlich wie im Falle Tschernobyl – Folgen für ganz Europa, insbesondere für Deutschland, denn es teilt sich eine Grenze mit Frankreich, das mit 58 Reaktoren fast zu 75% vom Atomstrom abhängt und damit in Europa den Rekord hält.

Bevor es frostig wird, werden die Winterreifen aufgezogen, selbst wenn im Dezember noch eher frühlingshafte Temperaturen herrschen. Und wie sieht es bei der Vermeidung von Unfällen in Atomreaktoren aus? Nun, da macht man sich an betreffender Stelle schon so seine Gedanken, wobei es vor allem um die *Folgekosten* eines Unfalls geht. In Frankreich schätzt man diese auf rund 500 Milliarden Euro. In Deutschland beträgt die Haftungsüber-



grenze pro Atomkraftwerk momentan 2,5 Milliarden Euro. Der von Baden-Württemberg nach Brüssel abgeschobene ehemalige Ministerpräsident Oettinger hat als Energiekommissar – und als ausgewiesener „Fachmann“, nämlich als Lobbyist der Atombranche und bekannter Reaktionär – europaweit eine Versicherungssumme von 1 Milliarde Euro/AKW im Sinn. Dass es einen GAU im Zeitraum von 2014 bis 2024 geben wird, ist – statistisch gesehen – genau so möglich wie die Tatsache, dass der Frost erst im Januar oder Februar zuschlägt – oder gar nicht. Den Japanern wurde vorgegaukelt, man habe alles im Griff, selbst dann noch, als man schon das Unfassbare und nicht zu Bewältigende, nämlich die Evakuierung von Tokio, planen musste, weil der Wind zu drehen drohte. Und in Deutschland, in Europa? Es geht nur noch um Strompreise, Versorgungssicherheit und um die „Unlust des Marktes“, in Stromtrassen und dergleichen zu investieren. Geht es nach den Medien, so gibt es nur einen Schuldigen: die Verfechter der erneuerbaren Energien! Niemand sonst! Von europäischer Energiepolitik im Sinne der Bevölkerung (sicher, bezahlbar, keine weitere Belastung der nachfolgenden Generationen durch immer mehr Atom-müll) weit und breit gar nichts.

Deshalb müssen wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa die sukzessive Abschaltung sämtlicher Reaktoren nach einem europaweiten Plan fordern. Die Macht von E.ON, ENBW, RWE, Vattenfall, des französischen Versorgers EDF und wie sonst noch die europäischen Versorger heißen, muss zerschlagen werden. Das kostet selbstverständlich erst einmal Arbeitsplätze. Aber die Stromlieferanten, die an ihre Stelle treten werden, schaffen weit bessere und mehr Arbeitsplätze.

Die Atomlobby rechnet offenbar damit, dass es – wie gehabt – einen „Ausstieg aus dem Ausstieg“ geben wird. „Unser Mann in Europa“ – Oettinger – verhandelt offensichtlich gerade mit Frankreich über eine Laufzeitverlängerung französischer AKWs auf 50 Jahre – und bestimmt macht er das nicht ohne Zustimmung von Merkel. Es geht nicht an, dass Merkel in Deutschland lediglich von Wettbewerbsvorteilen in Sachen erneuerbare Energien (noch) träumen lässt und in ihrer Europapolitik die Atomlobby stützt. Wir als LINKE müssen diesen Widerspruch knacken und europaweit eine Energiepolitik forcieren, die der alten Forderung „Atomkraft – nein danke!“ neue Impulse gibt.

Marianne Rubach ●

„Vorbei – heute ist alles Mainstream“

Die deutsche Wirtschaftswissenschaft ist auf den Hund gekommen – Studenten begehren jetzt auf. Gespräch mit Rudolf Hickel

Interview: Gitta Düperthal ●
(Aus: Junge Welt, Januar, 2014)

Rudolf Hickel ist Professor für Finanzwirtschaft und Forschungsleiter für Finanzpolitik am Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen

Wie in den USA, Großbritannien und Frankreich fordern nun auch Berliner Studierende eine Reform des Volkswirtschaftstudiums. Sie kritisieren, hierzulande gebe es fast nur Ökonomen, die an die Selbstheilungskräfte der Märkte glauben. Was sagen Sie als Hochschullehrer dazu?

Es gibt schon mehrere Gruppen Studierender, die genau das kritisieren – voll berechtigt! Was mir sehr gut gefällt: Sie hauen nicht einfach polemisch zu, sondern argumentieren wohl begründet.

In der Tat hat die Mehrheit der heutigen Lehrstühle zwei Probleme: Sie sind unglaublich markthörig und haben die Finanzmarktkrise bis heute nicht begriffen. Sie sind mit ihrer Theorie weit weg von den realen Problemen. Gelehrt wird die Marktdominanz – der Neoliberalismus als Herrschaftswissenschaft

ohne jegliche Erklärungsrelevanz. Die Studierenden lernen nicht, mit gesellschaftlichen Zusammenhängen umzugehen. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hätte gesagt: Eine solche Theorie kommt zwar mathematisch sauber daher, dient aber letztlich nur dazu, die Machtverhältnisse der Unternehmen zu stärken – und vor allem die Abhängigkeit der Menschen von ihnen zu erhöhen.

Wie kam es dazu, dass wissenschaftliche Lehre auf ein solches Niveau absinken konnte?

In den 50er Jahren gab es die soziale Marktwirtschaft. Sie war von sozialem Impetus geprägt: Markt allein kann es nicht sein, hieß es, wir brauchen eine zweite, soziale Säule. Das hatte mit dem Wiederaufbau Deutschlands zu tun, und es ging darum, dem aufstrebenden DDR-System etwas entgegenzusetzen. In den 60er Jahren war die Theorie stark keynesianisch orientiert. Bei der ersten kleinen Krise war klar: Der Staat muß die Steuerung übernehmen.

Anfang der 70er aber folgte ein Rückfall auf Marktdogmen, unter anderem durch den »Rat der fünf Weisen« geprägt: Erstens seien alle Probleme

durch den Markt zu lösen, hieß es; zweitens, wenn es Arbeitslosigkeit gebe, sei das nicht durch Marktversagen, sondern durch politisches und gewerkschaftliches Fehlverhalten hervorgerufen. Weil man Finanzinstitute und Banken immer als hocheffizient beschrieben hat, konnte man die Ursachen und Auswirkungen der Finanzkrise 2008 in den Wirtschaftswissenschaften gar nicht begreifen. Deren größte Blamage war diese Fehleinschätzung. Lehren wurden daraus aber nicht gezogen: Die gleichen Modelle werden Studenten weiter eingehämmert.

Welche Ziele verfolgen diese Ökonomen?

Bei ihnen hat sich ideologische Marktgläubigkeit breitgemacht. Die Studenten halten mit ihrer Kritik nun dagegen: Sie stellen fest, daß von den unteren zu den oberen Schichten umverteilt wird, daß die soziale Ungerechtigkeit zunimmt, daß es immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und ökologische Zerstörungen gibt.

Wer steht in der Verantwortung, daß die Lehre so auf den Hund kommen konnte?

Die Art der Rekrutierung der Professoren an die Hochschulen spielt hierbei eine Rolle. In den 70er Jahren hatten zumindest einige Universitäten kritische Wirtschaftswissenschaftler berufen. Vorbei –

heute ist alles Mainstream; es ist ein geschlossenes System geworden, das sich gegen Kritik abschottet. Wenn Universitäten heute Drittmittel aus der Wirtschaft einwerben wollen, hätten sie mit kritischen Köpfen keine Chance mehr. Marx- und Kapitalkurse sind heute nahezu unvorstellbar.

Können Studentenproteste etwas ändern?

Noch ist der ideologische Block der Ökonomenmacht zu stark, aber steter Tropfen höhlt ihn aus. Zur Zeit sind die Chancen noch schlecht: Bei einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik, dem »Hausverein« der deutschen Ökonomen, haben kritische Wissenschaftler kürzlich versucht, sich mit Vorträgen einzubringen. Sie wurden auf eine Podiumsdiskussion abgedrängt.

Hinkt Deutschland anderen Ländern hinterher?

In den USA zum Beispiel ist der Zustand der Wirtschaftswissenschaften anders, dort ist man nicht so ideologisch verkrampft. Es lehren dort Kapazitäten wie Paul Krugman als etablierter und kapitalismuskritischer Ökonom oder Joseph Stiglitz, bekannt geworden durch seine Globalisierungskritik. Beide haben einen Nobelpreis erhalten. Selbst ein marktradikaler Ökonom wie Milton Friedman ist, wie ich persönlich erfahren durfte, zum Dialog bereit.

Marktwirtschaft missverstanden: F.A.Z. will die Deutschen aufklären

● Ende vergangenen Jahres beklagte der Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung „die stille Liebe der Deutschen zur Planwirtschaft“. Gegenstand der Betrachtung war eine von der F.A.Z. selbst beim ifd in Allensbach in Auftrag gegebene Umfrage, welche zugespitzt formuliert die Zufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, beziehungsweise deren „Anfälligkeit“ für sozialistische Ideale erkunden sollte. In der Wortwahl der F.A.Z. heißt das verbrämt „soziale Marktwirtschaft“ gegen „staatliche Planwirtschaft“. Tatsächlich kommt die Studie zu – aus Sicht der Auftraggeber – beunruhigenden Ergebnissen: Zwar assoziierten bei Nennung des Begriffs „Marktwirtschaft“ immer noch 68 Prozent der Befragten „gute Güterversorgung“ und 66 Prozent „Wohlstand“, doch dann folgten bereits „Gier“ (56 Prozent), „Rücksichtslosigkeit“ (53 Prozent) und „Ausbeutung“ (51 Prozent). Mit dem Begriff „soziale Gerechtigkeit“ verbanden die Marktwirtschaft 12 Prozent der Befragten und nur 10 Prozent ordneten ihr den Begriff „Menschlichkeit“ zu. Auf die Frage, Ob die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ge-

recht oder ungerecht seien, antworteten 65 Prozent der Befragten in Ost und West mit „nicht gerecht“.

Nun sind diese Ergebnisse vor dem Hintergrund von zehn Jahren Hartz-IV-Gesetzen, von „Minijobisierung“ des Arbeitsmarktes, der Privatisierung von Energie und Wasser, von fehlendem Mindestlohn und Aufstocker-Unwesen, von Sklavenjobs in Schlachthöfen, Hotels und auf Schiffswerften nicht so überraschend. Dazu kommen jahrelang andauernde Reallohnverluste, der große Riester-Rentenbetrug und – offiziell – 190.000 Menschen völlig ohne Krankenversicherung. Wer sich dies vor Augen führt und gleichzeitig sieht, wie die europäischen Steuerzahler die verzockten Milliarden der Banker zahlen, wie die Banken das von der EZB frisch gedruckte Geld für 0 Prozent Zinsen erhalten und 20 Prozent Zinsen für einen Dispo verlangen, wer sieht, dass Versager wie Hartmut Mehdorn mit jedem angerichteten Fiasko weiter nach oben steigt, der müsste wohl unzurechnungsfähig sein, um an die Gerechtigkeit des herrschenden Wirtschaftssystems zu glauben.

Der F.A.Z.-Autor Petersen sieht das naturgemäß ganz anders und ähnelt dabei einem Politiker, der nach der Wahlniederlage äußert, die Wähler hätten

das Programm nicht verstanden. Er schreibt sinngemäß, dass man den Bürgern die Vorteile des Kapitalismus nur lange genug einbläuen muss, bis sie sie verstehen. Wörtlich schreibt er: „Viele politisch Verantwortliche scheinen zu glauben, die Vorteile eines freiheitlichen Wirtschaftssystems seien so offensichtlich, dass es unnötig sei, dafür zu werben. Doch das ist ein Irrtum. Das Prinzip der freien Wirtschaft leuchtet den meisten Menschen spontan nicht ein.“ Kommunikationsexperten wie er sind deshalb sicher gerne dienstbar.

Sollte das nicht fruchten und die Skepsis gegenüber dem Kapitalismus gar in Widerstand umschlagen, gibt es immer noch einen Plan B: Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 den Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch mit militärischen Mitteln erlaubt.

P.S.:

Im Übrigen sind die von Thomas Petersen benutzten Begriffe Markt- und Planwirtschaft eher irre-

führend. Beide Varianten sind dem Kapitalismus nicht fremd. Der AEG-Manager und Politiker Walter Rathenau war schon vor dem ersten Weltkrieg ein Verfechter einer staatlich gelenkten Wirtschaft, die dann im Krieg auch umgesetzt wurde. Die japanische Wirtschaft verdankt ihren Wiederaufstieg nach dem zweiten Weltkrieg der zentralen Wirtschaftsplanung des MITI – Ministerium für Internationalen Handel und Industrie und der Luftfahrtgigant Airbus wäre ohne staatliche Planung nie entstanden. Die entscheidende Frage lautet daher, wer über die Produktionsmittel verfügt, wer sich die Gewinne aneignet und was die Arbeitenden in ihren Betrieben zu sagen haben. Freie Märkte sind auch eher selten, oft sind es Monopole und Oligopole, welche die Märkte beherrschen. Besonders auffällig ist das im Internet, wo Google die Suchmaschinen beherrscht, Amazon den Handel und Facebook die sozialen Netzwerke. Bei Smartphones beherrschen zwei Betriebssysteme den Markt.

Matthias Thal ●

Vier Vorschläge

Der Publizist **Jürgen Todenhöfer** (*»Du sollst nicht töten«*) hat sich Anfang Februar mit einem offenen Brief an Bundespräsident Joachim Gauck nach dessen Auftritt auf der Münchner *»Sicherheitskonferenz«* gewandt. Keine einzige der großen Tageszeitungen hat diesen Brief veröffentlicht. :

Lieber Herr Bundespräsident,

Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

1. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
2. Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
3. Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Jemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
4. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht. Nach unserem Grundgesetz haben Sie

„dem Frieden zu dienen“. Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas ähnliches hatten wir schon mal. 100000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, daß ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.

Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen läßt, als einer, der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen.

Stefan Kornelius von der *Süddeutschen Zeitung* weiß, wie man einen Krieg herbeschreiben kann. In seinem Kommentar am 25. August 2013 meinte er: „Der Giftgaseinsatz in den Vororten von Damaskus (lässt) die fürchterlichen Gräueltaten in Syrien in einem neuen Licht erscheinen ... Der Weg vom Gas zur Atombombe ist nicht weit.“ Über die 23-seitige Analyse von Richard Lloyd (früherer UN-Waffeninspekteur) und Theodore Postol (Professor am Massachusetts Institute – MIT) verlor er keine Silbe. Seine Kollegen aus den Redaktionen der anderen Leitmedien auch nicht.

Die *Junge Welt* informierte am 20. Januar 2014 ihre Leser:

Bereits am Dienstag vergangener Woche legten zwei US-Forscher einen Untersuchungsbericht zum Chemiewaffenangriff im syrischen Ghuta bei Damaskus im August 2013 vor. In westlichen Ländern berichteten darüber nur wenige Medien, obwohl die Studie zu dem Schluß kommt: Die Giftgasmunition konnte nicht aus den Gebieten, die von syrischen Regierungstruppen kontrolliert wurden, abgefeuert worden sein.

Zitate des Monats ❖

„Jedermann soll von seiner Arbeit leben können. Sobald also jemand von seiner Arbeit nicht leben kann, ist er von diesem Augenblicke an nicht mehr rechtlich verbunden, irgendeines Menschen Eigentum anzuerkennen.“
(Johann Gottlieb Fichte)

„Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“
(Immanuel Kant)

„Politik kann man in diesem Land definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit Hilfe der Gesetzgebung.“
(Kurt Tucholsky)

„Der Sozialismus wird erst siegen, wenn es ihn nicht mehr gibt.“
(Kurt Tucholsky)

„Vater, vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun“
(Vladimir Janékevich)

Termine X

● **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● **Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung:**
Dienstag d. 11. März 2014 um 19.30 Uhr
in unserer Geschäftsstelle, Schildhornstraße 85a.

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Thema:

Die Situation der Roma-Frauen und -Mädchen in Berlin
Referentin von Amaroforo e.V. (Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma)

● **Jeden Dienstag:**
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter
Tel (030) 70 09 67 41

Linke:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin
Tel. 030 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann